ISRAEL

Einsame Siegerin

ANDREAS SOLARO/WPN/AGENTUR FOCUS

Livni

In ungewohnter Einmütigkeit versuchen die führenden Männer der israelischen Politik, der neuen Vorsitzenden der Kadima-Partei, Zipi Livni, den Start zu verbauen. Um nach Golda Meïr zweite Ministerpräsidentin in der Geschichte Israels zu werden, muss die Außenministerin innerhalb von 42 Tagen eine Koalition schmieden. Doch von rechts und links treten jetzt Saboteure auf den Plan. Da wäre zum einen Oppositionschef Benjamin „Bibi“ Netanjahu. Der Vorsitzende des rechtsnationalen Likud-Blocks drängt die orthodoxe Schas-Partei, sich Livnis Koalitionsavancen zu verweigern. Der Grund: Sollte es Livni nicht gelingen, eine Regierung zusammenzubringen, würde es automatisch Neuwahlen geben. Netanjahu hofft genau darauf, weil er sich gegen die unerfahrene Livni bei einem Urnengang einen Sieg verspricht. Auch Ehud Barak, derzeit Verteidigungsminister und wichtigster Koalitionspartner der Kadima-Partei, macht sich für Neuwahlen stark. Er setzt darauf, dass Livni dann zwischen seiner linksgerichteten Arbeitspartei und dem rechten Likud-Block zerrieben wird. Alternativ wirbt Barak für eine Regierung der Nationalen Einheit unter Beteiligung des Likud – aber auch das nur, um Livni politisch einzumauern. Deren Autorität ist auch in der eigenen Partei beschädigt. Zwar verkündete ihr Herausforderer Schaul Mofas, der nur 431 Stimmen weniger als sie bei der Urabstimmung bekam, seinen vorläufigen Rückzug aus der Politik. Seine Anhänger aber wollen das knappe Ergebnis anfechten. Sie argumentieren, dass Mofas gewonnen hätte, wenn nicht mehrere Medien noch vor Schließung der Wahllokale den klaren Sieg Livnis prognostiziert und damit Mofas’ Wähler vertrieben hätten. Die Kadima-Partei ist gespalten. Der rechte Flügel schließt Verhandlungen mit den Palästinensern über die Zukunft Jerusalems ebenso aus wie eine Rückgabe der Golanhöhen an Syrien. Sollte Livni sich diesen Bedingungen beugen, würde das wieder einmal das Ende des Friedensprozesses bedeuten. Auch Noch-Premier Ehud Olmert, dessen Ablösung Livni betrieben hatte, sinnt auf Revanche. Er bleibt kommissarisch so lange im Amt, bis seine Nachfolgerin eine neue Regierung gebildet hat. Sollte ihr das nicht gelingen, bliebe Olmert sogar bis zu Neuwahlen im Februar 2009 Ministerpräsident. Dieses Vakuum will er nutzen, um in den Verhandlungen mit Syrien und den Palästinensern Ergebnisse zu erzielen und Livni damit vor vollendete Tatsachen zu stellen. „Olmert wird die ihm von der Verfassung verliehene Macht bis zuletzt nutzen, um den Friedensprozess voranzutreiben“, kündigte sein Sprecher gegenüber dem SPIEGEL an.

BOLIVIEN

Gefährdeter Friede

Militante Anhänger von Präsident Evo Morales und Gefolgsleute der Gouverneure von fünf aufständischen Departements bereiten sich trotz des Friedensdialogs zwischen Regierung und Opposition auf weitere gewalttätige Auseinandersetzungen vor. Tausende mit Knüppeln und Gewehren bewaffnete Indianer blockieren die wichtigsten Zufahrtsstraßen nach Santa Cruz. Die größte und wichtigste Stadt des Landes ist praktisch nur auf dem Luftweg zu erreichen, Treibstoff und Lebensmittel werden knapp. Die Ureinwohner, die zumeist aus dem armen Hochland in den fruchtbaren Osten nach Santa Cruz geströmt sind, solidarisieren sich mit dem Indio-Präsidenten Morales: Sie fordern den Rücktritt des Präfekten Rubén Costas und des Präsidenten des sogenannten „Bürgerkomitees“, Branko Marinković. Costas und Marinković sind die Anführer des Aufstands gegen die Zentralregierung, bei dem in den vergangenen vier Wochen mindestens 18 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Regierungschefs der aufständischen Departements fordern Autonomie, einen größeren Anteil an den Einkünften aus dem Export der Gas- und Ölvorkommen in der Region, außerdem lehnen sie die von der Regierung vorgelegte neue Verfassung ab. Die Schlägertrupps der Jugendorganisation des „Bürgerkomitees“, die für die Besetzung und Plünderung zahlreicher Büros der Zentralregierung verantwortlich sind, rüsten sich jetzt gegen einen Einmarsch der Hochland-Indianer in Santa Cruz. „Wir glauben nicht an den Dialog mit der Opposition“, sagte ein Anführer der Morales-Anhänger an einer Straßenblockade in dem Städtchen Tiquipaya, wo es vor zwei Wochen zu einer blutigen Auseinandersetzung mit Jugendlichen des „Bürgerkomitees“ gekommen war. Morales hat den Indianerorganisationen öffentlich seine Unterstützung zugesichert.

GASTON BRITO / REUTERS

Anhänger von Präsident Morales